

Auch Wahlen können etwas ändern

Am 14. März wird das Stadtparlament neu gewählt. Die DKP/Linke Liste steht mit 34 bekannten und neuen Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl.

Gerd Schulmeyer,
Fraktionsvorsitzender
und Kandidat
auf Platz 1
der DKP/Linke Liste



Unser Programm schreibt die Arbeit der vergangenen Jahrzehnte fort. Unsere Themen sind u.a.:

Dem Flughafen Grenzen setzen
Mehr für bezahlbaren Wohnraum tun
Ärztliche Versorgung sichern
Barrierefreiheit umsetzen
Arbeit der Vereine unterstützen
Dem Klimawandel begegnen
Friedensinitiativen fördern
Weitere Belastungen der Einwohner*innen verhindern.

In den vergangenen fünf Jahren haben wir mit 6 Stadtverordneten und einem Vertreter im Magistrat in der Kommunalpolitik mitgemischt.

Aber wir haben diese fünf Jahre nicht nur in Sitzungen - viel zu oft hinter verschlossenen Türen - zugebracht. Meistens haben wir uns öffentlich und gemeinsam mit aktiven Einwohner*innen außerparlamentarisch für Veränderungen und Verbesserungen im Interesse der Menschen in unserer Stadt eingesetzt. Auch unter „Corona-Bedingungen“.

Einige Erfolge außerparlamentarischer Aktivitäten, die wir unterstützt haben, will ich hier nennen:

Der Netto-Markt am Allendeplatz.

Die Entscheidung für den Erhalt der Feuerwehrstandorte in Mörfelden und Walldorf durch Bürgerentscheid.

Die Zurücknahme der Einführung von Straßenbeiträgen, die SPD/FW/FDP beschlossen hatten.

Das Verhindern der „kalten Schließung“ des Waldschwimmbads.

Die Auseinandersetzungen um die Erhöhung der Grundsteuer B, die der Erste Stadtrat von den Freien Wählern schon mal auf 1180 Punkte anheben wollte.

Die deutliche Absage gegen die Pläne, den „See“ zu bebauen.

Dass auch Wahlen etwas (ver-)ändern können, hat in dieser Wahlzeit die SPD erneut erfahren müssen. Nachdem ihr Bürgermeister vom neuen Ersten Stadtrat lange genug „vorgeführt“ worden war, wurde er abgewählt. Jetzt machen sie gemeinsam dasselbe mit dem neugewählten Bürgermeister von den Grünen.

Bei der Kommunalwahl werden die Karten neu gemischt. Die Wählerinnen und Wähler haben es in der Hand, ob die Wahlbetrüger von 2016, die das Amt des Ersten Stadtrats abschaffen wollten und jetzt den Posten besetzen, so weitermachen können. Wir raten dazu, anders zu wählen.

Wir raten dazu, anders zu wählen.

Fortsetzung nächste Seite

Gerade in schwierigen Zeiten:



Fortsetzung von Seite 1

Vor allem, um unsere Stadt nicht noch mehr zum „Vorfeld des Flughafens“ zu machen, wie es die Freien Wähler wollen, die jede Kritik am weiteren Flughafenausbau ablehnen.

Wir wollen keine neuen Gewerbegebiete im Grünen, schon gar nicht in Kooperation mit der Fraport AG, wie es die SPD vor hat. Wir wollen aber auch kein neues Logistikzentrum mit Hochregallager und 700 LKWs pro Tag, wie es die Grünen jetzt - gemeinsam mit der Koalition und der CDU - in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen haben.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sieht anders aus.

Wir wollen auch keine neuen Wohngebiete im Außenbereich, dafür mehr Initiativen für bezahlbaren Wohnraum in den Stadtteilen.

Dazu gehört die jetzt auf unseren Antrag hin beschlossene Prüfung des „Viernheimer Modells“.

Auch bei der Kläranlage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Eine starke linke Fraktion im Stadtparlament ist wichtig für die Einwohner*innen, denen unsere Stadt gehört - und für die Grünen, wenn sie es mit ihrem örtlichen Programm ernst meinen.

Meine Empfehlung zur Kommunalwahl:

**Gehen Sie wählen.
Wählen Sie links!**

**In Mörfelden-Walldorf
Liste 8
DKP/Linke Liste**

**Bei der Kreistagswahl
Liste 7
DIE LINKE. Offene Liste**

LESERPOST

Sehr geehrte Damen und Herren, bei einem meiner vielen Spaziergänge in der schönen Umgebung meiner Heimatstadt Mörfelden-Walldorf, besuche ich auch des öfteren das Naturschutzgebiet bei Mörfelden. In dieser Gegend, am Rande von Mörfelden gelegen, befindet sich unsere Kläranlage, die ihr „geklärtes“ Wasser über den „Gerätsbach“ abfließen lässt. Dieser Bach transportiert das Abwasser aus der Kläranlage durch ein Naturschutzgebiet in Richtung Ried, in dem auch durch Infiltration Trinkwasser gewonnen wird.

Genau aus diesem Grund müsste das Abwasser besonders sauber die Kläranlage verlassen und dies täte es auch, so die Verantwortlichen unserer Stadtwerke als Betreiber der Kläranlage Mörfelden.

*Genauso wenig nutzt es, eben diese Stadtwerke zu dieser Thematik in Kenntnis zu setzen, da dort die Korrespondenz mit den Bürger*innen sehr spärlich wahrgenommen wird. Wie auch aus Presseberichten ersichtlich, bemüht sich auch eine Bürgerinitiative meist vergeblich, an Informationen bezüglich diverser Missstände dieser Kläranlage zu kommen.*

Dazu meine Beobachtungen, ich stelle schon des öfteren fest, dass dieser Bach nicht nur sauberes Wasser führt und verfolgte deshalb den Bachlauf bergauf. An einem Auslauf unserer Kläranlage war ich wirklich erstaunt, welche Mengen Unrat an Faserstoffen etc. in diesen durch ein Naturschutzgebiet führenden Bach abgeschlagen



wurde. Gesehen wurde dies auch schon von anderen Einwohnern, die dieses Gebiet für Spaziergänge nutzen. In einem Naturschutzgebiet brüten Vögel, die diese Faserstoffe eventuell als Nestmaterial nutzen könnten und dadurch auch letztlich verwenden können. Im Ried wird Trinkwasser für Menschen aus der Erde gepumpt. Ist das „Sollzustand“ gegenüber einem Naturschutzgebiet?

(Das Foto wurde am 29.1.2021 aufgenommen).

Mit freundlichen Grüßen

*Hella Hardt, Rheinstraße 16
Mörfelden-Walldorf*

Barrierefreiheit in Mörfelden-Walldorf?

„Barrierefreiheit“ bedeutet einen umfassenden Zugang und uneingeschränkte Nutzungschancen aller gestalteten Lebensbereiche. Am 1. Mai 2002 trat das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BGG) in Kraft. Mit ihm wurde dem Benachteiligungsverbot („Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“, Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 Grundgesetz) für Menschen mit Behinderungen Geltung verschafft. Barrierefreiheit wird in § 4 BGG definiert: „Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Infor-

mationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Hierbei ist die Nutzung behinderungsbedingt notwendiger Hilfsmittel zulässig.“

Und wie sieht es in unserer Stadt damit aus?

Der Bahnhof Walldorf ist ein großes Problem, das Horváth-Veranstaltungszentrum ist zu nennen, es gibt viele hohe Bordsteinkanten, es fehlen Informationen in „Leichter Sprache“ bei städtischen- und behördlichen Formularen oder Anlässen und manches mehr. Es gibt noch viel zu tun!

Silke Baumann Auf der Liste der DKP/LL, Platz 3



Liebe Einwohnerinnen,
liebe Einwohner von
Mörfelden-Walldorf

Wir, die DKP/Linke Liste, möchten eine zukunftsorientierte und angemessene Politik, in der die Bedürfnisse der Einwohner*innen unserer Stadt im Vordergrund stehen.

Zu meiner Person: Ich bin 47 Jahre. Ich lebe seit meiner Kindheit in Mörfelden-Walldorf. Nach meiner Berufsausbildung zur Industrieelektronikerin und Ver- und Entsorgerin habe ich auf dem 2. Bildungsweg mein Studium in Verfahrenstechnik Bereich Biochemie und die Ausbildung zur Abwassermeisterin abgeschlossen. Beruflich bin ich seit 27 Jahren entsprechend im Abwassersektor auf kommunaler Ebene tätig.

Ich selbst habe durch die Mitarbeit in verschiedenen Bürgerinitiativen Einblick in die Politik unserer Stadt bekommen, was mich dazu bewegt hat, auf der Liste der DKP/LL kandidieren. Ich möchte hier meine Erfahrungen und Wissen gerne im Stadtparlament einbringen und in der Fraktion DKP/LL mitarbeiten.

Für mich sind folgende Themen sehr wichtig:

- **Wasser- und Abwasserwirtschaft:** Es soll eine Kläranlage gebaut werden, die von der Größe und den technischen Einrichtungen unserer Stadt angemessen ist und nach dem aktuellen Stand der Technik und Wissenschaft die bestmögliche Abwasserreinigung erzielt.
- **Erneuerbare Energien:** Es ist für die Zukunft unserer Umwelt und des Klimas wichtig, dass in unserer Stadt Konzepte und Förderungen für die Nutzung von erneuerbaren Energien, wie zum Beispiel Photovoltaik, Warmwassersolarkollektoren, BHKW's, Abwasserwärmenutzung, umgesetzt werden. Es ist wichtig, Konzepte für diese Nutzung für städtische Einrichtungen als auch für Privathäuser attraktiv zu gestalten.
- **Erhalt von Grünflächen und Schutzgebieten:** Es ist wichtig für die Wohnraumschaffung, Programme für die Bereitstellung von innerstädtischem Wohnraum zu erstellen, womit vor allem bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Es sollte nicht unnötig die Schaffung von neuem Bauland vorangetrieben werden. Es ist wichtig für die Natur und die

Naherholung, dass entsprechende Gebiete erhalten bleiben. Der durch Umwetter und Brand zerstörte Wald muss ebenfalls wieder aufgeforstet werden.

- **Sport, Bildung, Kultur:** Jeder Bewohner unserer Stadt sollte Zugang zu Sport, Kultur und Bildung haben. Dazu gehören die Unterstützung von entsprechenden Vereinen und Veranstaltungen. Ganz wichtig ist es, in beiden Stadtteilen eine zeitgemäße Bücherei für die Leute anzubieten.
- **Finanzielles:** Die Politik sollte darauf ausgelegt sein, dass man versucht, die Bewohner unserer Stadt nicht unnötig mit Gebühren und Steuern zu belasten. Wir haben alle unsere Steuern bezahlt – nur kommen diese Gelder offenbar nicht bei den Städten und Gemeinden an. Ich bin entschieden dagegen, dass man diese Lücke stopft, indem man den Einwohnern noch ein zweites Mal in die Tasche greift.

Es gibt noch viele weitere Themen, die wir angehen werden.

Herzliche Grüße
Silke Baumann



Wir machen „jahrein, jahraus“ Infostände, um mit den Leuten zu reden. Wir reden auch heute: Maske zu Maske, auseinanderstehend miteinander. Wir verteilen seit Jahrzehnten den „blickpunkt“, schwarzweiß auf Zeitungspapier. Es geht!

Jetzt kommt aber wirklich mal einiges in die Briefkästen!

Hochglanz und vielfarbig bei SPD, CDU, FW, FDP und Grünen. Da können wir mit unserem „blickpunkt“ nicht „mitglänzen“. Dafür gibt es aber wir gesagt „jahrein, jahraus“ ordentliche Informationen.

**Wir haben in den letzten
Monaten viele Spenden
erhalten.**

DANKE!

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419**

Liest denn keiner mehr Zeitungen?

Nähe zu Frankfurt treibt Immobilienpreise in die Höhe

BAD VILBEL/KARBEN Wohnungspreise in Bad Vilbel um ein Drittel gestiegen / Makler erwartet weiter hohes Kaufinteresse

VON PATRIKELCKHOFF stiegen. „Bis zu 4500 Euro pro Quadratmeter...“ Die Aussichten auf...
kauft.“ Dafür sei es wichtig, eben... jenen Markt genau zu beobach... he, Maske und natürlich Ab... chen die...
einigen Jahren war eine... we...

Bevölkerungszuwachs bringt Stadt in Notlage

DIETZENBACH Neuer Sozialstrukturatlas prognostiziert enorme Herausforderungen / Von Annette Schlegl

Klimawandel und Profitsucht vertreiben die Menschen

Im Februar 2020 stand auf dem „blickpunkt“-Titel: „Bauen für Frankfurt?“. Die hiesige SPD und andere meinten danach, wir seien „unsolidarisch“. Das ist Unsinn.

Viele Menschen können in Frankfurt nicht mehr leben

In Frankfurt wird es langsam ungemütlich. Klimawandel. Bald kocht der Asphalt. Vielen Bäumen in den Anlagen geht's nicht mehr gut. Den Menschen auch nicht. Aktuelle Studien erwarten für die Sommermonate bis 2050 einen Temperaturanstieg von bis zu sechs Grad. Das kann das Leben in den Städten unerträglich machen.

Es fehlen bezahlbare Wohnungen

Viele Menschen können in Frankfurt keine Wohnung mehr bezahlen. Auf einem Protestschild: „Frankfurt am Main - Hier fehlen 40.000 bezahlbare Wohnungen.“

Alles kann man in der Presse lesen - und trotzdem will die hiesige Rathauskoalition weiter an ihrem Kurs festhalten und hier massenhaft Häuser bauen und rare Freiflächen zubetonieren.

Sie sollten begreifen, wir können hier das Frankfurter Problem nicht lösen. In Frankfurt sind die Wohnkosten viel stärker gestiegen als die Einkommen. Durchschnittsverdiener finden kaum noch eine für sie bezahlbare Wohnung. Wenn viele Brexit-Banker nach Frankfurt kommen, kriegen die Immobilien-Kapitalisten glänzende Augen. Die meisten Arbeiter und Angestellten haben aber keine Chance. Sie drängen ins Umland.

Kann man hier alles zubauen?

Es ist richtig, abzuwägen und nachzudenken. Angesichts der Klimaent-

wicklung ist es aber unumgänglich: Die Städte der Zukunft brauchen Frischluftschneisen und grüne Lungen. Die Rathauskoalition redet drum herum.

Aufgeschreckt durch die Bürgerinnen und Bürger, die Unterschriften für den Erhalt der Seegärten auf den Tisch legten, laviert die SPD, hängt dort Transparente auf, versucht das Seegebiet und die Bürgerbewegung zu spalten. Nur die Frage, ob es denn immer so weitergehen kann, ob die Zersiedlung unserer Stadt die Zukunft sein soll, beantwortet sie nicht.

Die Entwicklung in Dietzenbach mahnt

Ein weiteres Beispiel: Man kann sicher die beiden Städte Mörfelden-Walldorf und Dietzenbach nicht vergleichen. Es gibt aber Fakten, die Kommunalpolitiker registrieren sollten. Nachdenklich darf man schon werden. „Prognostizierter Bevölkerungszuwachs bringt Stadt Dietzenbach in Notlage“, steht über einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau“. Dietzenbach hat heute rund 35.000 Einwohner (unsere Stadt über 34.000). Dietzenbach soll weiter wachsen – 39.000 sind angepeilt.

Mörfelden-Walldorf soll auch weiterwachsen. Die SPD u.a. wollen neue Baugebiete. Bis zu 3000 Wohnungen könnten entstehen – also mehr als 6000 Menschen Zuwachs.

In Dietzenbach leben 13,1 Prozent der Einwohner von der Grundsicherung. Mehr als 20 Prozent der Kinder sind in Dietzenbach auf Sozialleistungen angewiesen. Vor allem kinderreiche Familien suchen Wohnungen brauchen Hilfe. Sie bekommen sie nicht.

Beispiel Langen

Langen wird schneller groß als gedacht. Innerhalb von acht Jahren soll die Stadt um 5000 Einwohner wachsen. 44.000 Einwohner sind für das Jahr 2027 prognostiziert. Vor drei Jahren war noch von 42.000 Bürgern die Rede. Kann man eine solche Entwicklung in unserer Stadt zulassen.

Rings um Frankfurt ähnliche Probleme

Armut könne nicht durch einzelne Maßnahmen beseitigt werden, das hat man in Dietzenbach begriffen. Wissen das auch die hiesigen Sozialdemokraten, die Freien Wähler, die FDP, die CDU?

Die meisten Arbeiter und Angestellten haben in Frankfurt schon keine Chance, eine halbwegs bezahlbare Wohnung zu finden. Familien müssen



über ein Netto-Haushaltseinkommen von mindestens 4200 Euro im Monat verfügen, um in Frankfurt eine ihrem Bedarf genügende Wohnung zu finden.

In teureren Lagen müssen sie dafür sogar mehr als 6000 Euro pro Monat verdienen. Sie werden ins Umland getrieben!

Das alles kann man in der Presse lesen. Liest man im Rathaus keine Zeitung?

**Große und kleine Politik
gehören zusammen.**

**Wenn oben das Geld
falsch ausgegeben wird,
fehlt es unten
in der Kommune!**

Wie soll es hier weitergehen

Neue Baugebiete, neue Bodenversiegelung. Weniger Lebensqualität? Man braucht immerhin eine neue Infrastruktur - Straßen, Sportanlagen, Kindergärten, Schulen.

Mörfelden und Walldorf waren immer solidarisch

Früher hat man in Mörfelden und Walldorf Baugebiete ausgewiesen, als Flüchtlinge und Aussiedler nach dem verbrecherischen Nazi-Krieg unterzubringen waren. Oder man brauchte Platz für die Kinder, wenn sie erwachsen waren und Familien gründeten. . . . und es war noch mehr Platz da. Heute gibt es kaum mehr Bauland. Dafür viele Beschränkungen, die zum Schutz des Flugbetriebes und der Umwelt eingerichtet wurden. Die Stadt selbst hat kaum verfügbare Flächen für Wohnungen und Infrastruktur.

Wie das Problem lösen?

Wenn schon gebaut wird, sind die Häuser schnell belegt, wie wir beim Baugebiet Walldorfer Weg sehen. Aber sagen muss man auch: In die Häuser, die direkt an der Bahn stehen, sind nach Angaben der Verwaltung überwiegend Neubürger eingezogen. Das weist uns auf ein Dilemma hin. Neue Baugebiete, neue Straßen, neue Anforderungen. Von Kindergärten bis Sporthallen. Die Stadt allein kann das nicht schaffen. Die SPD und die anderen Parteien, die jetzt neue Baugebiete vor Ort wollen, sind auf einem Holzweg. Mehr Baugebiete im Frankfurter Um-land bringen auch mehr Probleme. Eine Lösung ist das nicht! Vor allem die hiesigen Parteien SPD, CDU, FDP hätte viele Möglichkeiten im Bundestag, in den Landesregierungen und in ihren Parteigremien dafür zu kämpfen, dass grundsätzliche Änderungen erfolgen. Wohnen ist Menschenrecht!

Im heutigen Kapitalismus finden wir immer noch die vorherrschende Politik, die nur ein Ziel hat: „Schnellen Profit erzielen“.

Wir sagen: Die Politik muss Wohnen endlich wieder als Grundrecht verstehen. Mietenwahnsinn und Verdrängung sind keine Naturgesetze.

Wir dürfen das Wohnungswesen nicht dem Kapital überlassen!

Die „Party“ der Immobilienkapitalisten muss endlich beendet werden. Immobilienkonzerne müssen vergesellschaftet werden.

Erst dann können Städte endlich wirksam gegen steigende Mieten vorgehen. Heute ist der Markt völlig entfesselt. Verantwortlich für diesen Zustand ist eine Wohnungspolitik, die im Interesse der großen Immobilienbesitzer geführt wurde.

Verantwortlich ist das kapitalistische System, wo alles zur Ware gemacht wird, auch das Menschenrecht auf Wohnen.

Weiß das auch die hiesige SPD?

... und die Freien Wähler? ... und die anderen, die schnell neue Baugebiete ausweisen wollen?

Jede Minute ein Einfamilienhaus

In den Jahren 1992 bis 2018 verschwanden in Deutschland 1,35 Millionen Hektar Agrarfläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke.

Heute verschwinden noch immer rund 60 Hektar täglich, wie der Naturschutzbund NABU schreibt – bildlich gesprochen: pro Minute ein Einfamilienhaus.

Bis zum Jahr 2030 (so heißt es), soll der tägliche Flächenfraß auf 30 Hektar sinken, dafür will man Raumordnungsrecht, Städtebaurecht, Baugesetzbuch, Naturschutz und landwirtschaftliches Grundstücksverkehrsrecht verbessern oder anpassen sowie den Bundesverkehrswegeplan überdenken.

Zielstrebigkeit in dieser Frage kann man der Bundesregierung nicht unterstellen.



Vor einigen Monaten gab es eine DKP-Aktion in der Seegewann, weil man im Rathaus vorhatte, das Gebiet untersuchen zu lassen, ob man es bebauen kann. Viele waren gekommen. Jetzt vor der Kommunalwahl tauchten über Nacht im See überall SPD-Transparente auf: „Die Kleingärten erhalten!“ Gut, kann man sagen, die SPD macht jetzt auch mit.

Aber wissen sollte man schon: Die Kampagne der DKP/LL hat viele aktiv werden lassen. Leute sammelten Unterschriften, malten Plakate. Die SPD liess sich viele teure Transparente machen - aber hat sie ihre Pläne geändert?

Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat mit der SPD vor einem Jahr festgelegt, dass die Stadt um ca. 6000 Einwohner wachsen soll. Dafür sollen 3.000 Wohnungen gebaut werden. Auf der „grünen Wiese“, ohne Rücksicht auf Natur, Klima und Landschaft. Erste Planflächen wurden schon Anfang 2019 mit „Walldorf-Süd“ (20 Hektar) und Mörfelden „Im See“ (10 Hektar) bei der Regionalplanung angemeldet.

Die Dreierkoalition (SPD, FW und FDP) verlangte eine Machbarkeitsstudie für ein Baugebiet „Im See“ und wollte für die 30.000 Euro teure Untersuchung Zuschüsse von der Landesregierung einfordern. Doch Wiesbaden sagte Nein. Jetzt stehen sie bedepert da, die „Superplaner“. Manche der „Koalitionären Strategen“ spürten natürlich den Protest. Deshalb die neuen „schickken“ Transparente der SPD.

**Man kann alle Leute
einige Zeit
zum Narren halten
und einige Leute allezeit;
aber alle Leute
allezeit zum Narren halten
kann man nicht.**

ABRAHAM LINCOLN



„Es ist der älteste Trick der Bourgeoisie, den Wähler frei seine Unfreiheit wählen zu lassen, in dem man ihm das Wissen um seine Lage vorenthält. Das was jemand braucht, um seinen Weg wählen zu können, ist Wissen.

Was kommt dabei heraus, wenn man einen Mann, der weder Notenlesen noch Klavierspielen lernen durfte, vor ein Klavier stellt, und ihm die freie Wahl über die Tasten lässt?“

BERTOLT BRECHT

Wir werden manchmal gefragt: „Warum macht ihr euch monatlich diese Arbeit mit dem ‚blickpunkt‘, mit euren monatlichen Infoständen, den vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern?“

Das hier abgedruckte Zitat von Bertolt Brecht gibt eigentlich schon die Antwort.

Wenn wir kritische Wähler und Wählerinnen haben wollen, die Bescheid wissen wollen über Wohnungsnot und ihre Zusammenhänge, die „Unklarheiten“ in der Kläranlage und bei vielen anderen Dingen, dann muss man ihn lesen, den „blickpunkt!“ Nehmen wir das Beispiel: Wohnen. SPD, FDP und Freie Wähler wollen schnellstens die letzten Freiflächen zubauen, die wir haben. Die Freien Wähler erzählen den Leuten, sie wollen neue Wohnblocks hochziehen und den Klimawandel bekämpfen. Das ist Augenwischerei. Wer in dieser Ausgabe die Seiten 4 und 5 liest, kennt die Probleme, kann mitreden und richtig wählen.



Aus dem Aufruf „Ostermärsche 2021“

Aktiv werden für eine neue Friedenspolitik und konsequente Abrüstung

Die nukleare Bedrohung, die Klimakrise und die Erosion der Demokratie gefährden das friedliche Zusammenleben der Menschen. Trotz Corona-Pandemie wird weltweit weiter aufgerüstet. Dabei ist der Wandel zu einer neuen Friedens- und Entspannungspolitik dringend erforderlich. Im Sinne einer lebendigen Demokratie setzen wir uns im Jahr der Bundestagswahl zu Ostern und darüber hinaus energisch für Frieden und Abrüstung ein.

Wir appellieren an alle Parteien, die folgenden friedenspolitischen Zusagen in ihre Wahlprogramme aufzunehmen:

- Reduzierung der Rüstungsausgaben und Umverteilung dieser Gelder in Bereiche wie Gesundheit, Klimaschutz, Rente, Bildung und Armutsbekämpfung.
- Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot und Abzug der Atomwaffen aus Büchel.
- Keine Bewaffnung von Bundeswehdrohnen sowie die Ächtung automatisierter und autonomer Kriegsführung.

- Stopp aller Rüstungsexporte sowie eine Konversion der Rüstungsindustrie.
- Eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, die auf Abrüstung, gewaltfreien Mitteln und Diplomatie beruht, und eine neue Entspannungspolitik in Europa und weltweit.

Alle Infos und Termine gibt es unter:
www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2021



Ostermarsch-Kundgebung 1963 hinter dem Mörfelder Volkshaus. Damals waren die Sozialdemokraten noch aktiv dabei.

Hinten links: Pfarrer Kurt Oeser. Mitte: Hans Kolb und Bürgermeister Kurt Bachmann.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Flüge von Paris und Flughafenausbau gestoppt

Flüge nach Lyon oder Bordeaux soll es künftig für Franzosen nicht mehr geben. Die Regierung will alle Inlandsflüge verbieten, sofern das Ziel auch in zweieinhalb Stunden mit dem Zugerreicht werden kann. Frankreich verzichtet vor dem Hintergrund der Corona-Krise auch auf den milliardenschweren Ausbau des Pariser Großflughafens Charles de Gaulle. Es handele sich um ein „überholtes Vorhaben“, sagte Umweltministerin. Das nun fallengelassene Projekt eines neuen vierten Terminals des Airports nordöstlich der französischen Hauptstadt hatte laut „Le Monde“ einen Umfang von 7 bis 9 Milliarden Euro. Bis 2037 sollte die neue Anlage fertig sein. Der Vorschlag Inlandsflüge zu verbieten, geht auf den Bürgerkonvent zurück, den Präsident Macron nach den wochenlangen „Gelbwesten“-Protesten gegen die CO₂-Steuer einberufen hatte. Wir registrieren eine vernünftige Entwicklung in Paris. Wann wird diese Vernunft auch in Wiesbaden und bei Fraport sichtbar sein? Diese Frage stellen wir vor allem auch an den grünen Verkehrsminister Tarek Al-Wazir.

Milliarden werden in die Luft geblasen

Bund und Länder verhandeln mit der Airport-Lobby über Corona-Beihilfen. Die Corona-Pandemie hat die Flugplatzzahlen auf den niedrigsten Stand seit der Vereinigung gedrückt. Im vergangenen Jahr wurden bundesweit 63 Millionen Passagiere gezählt, 75 Prozent weniger als 2019. Auch am größten deutschen Airport in Frankfurt am Main ist der Flugbetrieb stark eingeschränkt. Das Staatsunternehmen Fraport zählte im Dezember 2020 0,89 Millionen Passagiere. Das sind knapp 82 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. Einige Flughäfen, wie Kassel Calden, bekommen immer noch Zuschüsse. Kleinere Flughäfen erhalten finanzielle Mittel, obwohl sie schon vor Corona defizitär arbeiteten. Jüngst meldete der Flughafen Friedrichshafen Insolvenz an, zuvor hatte der in Paderborn das Handtuch geworfen. Die Milliarden werden hier regelrecht in die Luft geblasen. Wir meinen, die Nach-Coronazeit muss eine andere Zeit werden. Angesichts der Klima-Entwicklung muss gehandelt werden!

Flugbewegungen reduzieren statt Lärm verschieben

Der bisher letzte Versuch, den bis 2019 drastisch gestiegenen Flugverkehr und die damit immer weiter steigende Gesundheitsgefährdung durch Lärm und Abgase mit Hilfe von Umverteilung in den Griff zu bekommen, endete mit einer Bauchlandung. Nach drei Monaten Probelauf musste die Verlagerung einer Abflugroute entlang der nördlichen Stadtteile Darmstadts weiter nach Norden, aus Sicherheitsgründen abgebrochen werden. Vorangetrieben durch den Vorsitzenden der Fluglärmkommission, Thomas Jühe (SPD) und der Darmstädter Umweltdezernentin Barbara Akdeniz (Grüne), sollten Darmstädter Stadtteile auf Kosten der beiden kleinen Gemeinden Erzhausen und Wixhausen entlastet werden. Nach der Devise, wenn wir Orte belasten, in denen weniger Menschen leben, senken wir die Belastung. Alle Menschen haben aber das gleiche Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit, egal ob sie in einem Dorf, einer Klein- oder Großstadt leben. Man muss die Flugbewegungen reduzieren, statt den Lärm zu verschieben.

Viel Schnee und kalter Krieg

Wir fanden ein seltenes Foto von 1961. Viel Schnee, im Hintergrund die „Waldgaststätte Gundhof“. Ein Warnschild davor in Englisch, Russisch und Deutsch. Es herrschte Kalter Krieg. Es gab 3 sowjetische Militärmissionen in der BRD. Eine war im Frankfurter Stadtteil Niederrad in der Goldammerstraße untergebracht. Die Westmächte hatten in der DDR ebenfalls solche Einrichtungen. Von den Missionen wurde auch militärische „Aufklärung“ betrieben - das Schild ist dafür ein Hinweis. Heute sind wir auf dem Weg in einen erneuten Kalten Krieg. Die Nato rückt immer näher an die Grenzen Russlands. Eine verhängnisvolle Entwicklung.



Stadtgeschichten



Das heutige Foto zeigt die Handballer der Turngesellschaft Walldorf (TGS) im Jahre 1961 vor der Faulstrohhalle in Groß-Gerau. Dort wurde damals die 1. Hallenkreismeisterschaft im Handball ausgetragen und die Walldorfer wurden Kreismeister. Auf dem Bild sehen wir v. links: Erich Bauer (Betreuer), Erwin Steckenreiter, Günter Steckenreiter, Richard Stich (Torwart), Hermann Kinkel, Günter Haderecker. Hintere Reihe v. links: Wilhelm Jourdan, Helmut Dechert, Karlheinz Wilker, Franz Raschendorfer, Peter Emmel (später Vereinsvorsitzender). Es war die Zeit des Umbruchs vom Feldhandball mit 11 Spielern auf dem großen Fußballfeld zum Hallenhandball mit nur sieben Spielern. Damals gab es im ganzen Kreis, auch in Mörfelden und Walldorf, außer der Faulstrohhalle in Groß-Gerau, keinen Saal und keine Sporthalle in der nötigen Größe, in der Hallenhandball gespielt werden konnte. Es wurde trotzdem in den vorhandenen Hallen und „wenn es das Wetter zuließ“ auf dem Sportplatz trainiert und zu Ligaspielen nach Groß-Gerau gefahren. Die TGS-Walldorf besteht schon seit dem Jahre 1896 und ihre Handballabteilung wurde schon im Jahre 1923 gegründet.

Liebe Leserinnen und Leser unserer Stadtzeitung! Wir freuen uns, wenn Sie dem „blickpunkt“ durch Mitarbeit und Informationen helfen. Wir freuen uns über alte Fotos. Wir brauchen auch weiter Ihre finanzielle Unterstützung. Das blickpunkt-Spenden-Konto: Kreissparkasse GG - IBAN DE37508525530009003419

INFOS



www.DKP-LL.de



facebook.com/DKPLinkeListe



instagram.com/dkpmoewa

Unser Lexikon

Schbrisch

In dem seuner Haud
meschd isch
ned schdegge.